

# Die Sächsisch-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1921 Nr. 472 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 214

**Bezugspreis:** monatlich 7.70 - ohne Postgebühren. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Zustellstellen entgegen.  
**Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mm breit mit 10 Zeilen 70 ct. Die Spalte 20 mm breit mit 10 Zeilen 40 ct. Bei Anzeigen von 100 Zeilen abwärts 50% Rabatt.  
**Geschäftliche Halle-Galle:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Jends von 7 Uhr an Redaktion 5800 und 5610. - Postfachkonto: Leipzig 30512.  
**Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Spalte 34 mm breit mit 10 Zeilen 70 ct. Die Spalte 20 mm breit mit 10 Zeilen 40 ct. Bei Anzeigen von 100 Zeilen abwärts 50% Rabatt.  
**Geschäftliche Halle-Galle:** Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Jends von 7 Uhr an Redaktion 5800 und 5610. - Postfachkonto: Leipzig 30512.

# Rätselraten über die Kabinettsbildung

## Der Parlamentarismus in Nöten

Gestern vormittag um 11 Uhr fand eine Unterredung zwischen dem Reichsanwalt und dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Stresemann, statt. Im Anknüpfen daran hatten die Abgeordneten Spahn und Warg vom Zentrum und Dr. Stresemann und Kempe eine Unterredung. Gestern vormittag fand auch eine Besprechung zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Abgeordneten Spahn vom Zentrum statt.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, trat gestern abend um 7 Uhr der Ministerrat des Reichstages zusammen, um sich darüber schlüssig zu werden, wann das Kabinettsamt zusammenzutreten soll.

Außerdem tagten die Landtags- und Reichstagsfraktion und die Reichswirtschaftsratsmitglieder der Demokraten im Reichstag. Alle diese Beratungen beschäftigen sich mit der bevorstehenden Entscheidung des Wählerbundesrates und mit den Konsequenzen, die sich daraus für Regierung und Parteien ergeben.

Nach dem bisherigen Ergebnis dieser Besprechungen ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Reichsregierung demissioniert, sobald der Oberste Rat die Entscheidung des Wählerbundesrates über Oberfleischien annehmen sollte. Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß der Reichsanwalt und mit ihm die Regierung fast entschlossen seien, die Konsequenzen zu ziehen. Im Augenblick ist die Frage noch vollkommen offen, was dann werden soll, d. h. ob der Reichspräsident, bei dem dann die Entscheidung liegt, gewillt ist, den Reichswahlrat wieder mit der Ausübung des Kabinettsamtes zu betrauen. Diesem steht fest, daß die mehrheitspolitischen Mitglieder Stresemann, Müller und Wels, die gestern beim Reichsanwalt weilten, auf diesen in dieser Richtung eingewirkt haben, daß also die Mehrheitspolitiker vorläufig entschlossen sind, auch nach dem Rücktritt des Kabinettsamtes wieder als Reichsanwalt vorzugehen. Es fragt sich, ob die bürgerlichen Parteien damit einverstanden sein werden. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß sich die Besprechungen, die gestern vormittag zwischen den Parteiführern sich abspielten, hierzu geholt haben. Wollig unklar ist noch die Stellung der Demokraten, doch rechnen man in parlamentarischen Kreisen damit, daß die Fraktion an einem neuen Kabinettsamt sich beteiligen, wenn nach ihrer Meinung alle Mittel, die sie für möglich halten, erschöpft sind. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß das Zentrum nicht ohne weiteres eine derartige Politik mitmachen würde und daß der rechte Flügel große Schwierigkeiten macht. Wolligst ergeben die heutigen Parteiführerbesprechungen bereits Klarheit. Vorläufig sind die Dinge, soweit sie sich auf die Frage einer Kabinettsneubildung beziehen, noch im Fluß.

## Die Regierung über die politische Lage

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die politische Lage wird durch die getriebe Veröffentlichung der Reichsregierung gekennzeichnet. Bekannte amtliche Mitteilungen über die Entscheidung der Herrschaftskommission liegen noch immer nicht vor. Auch die nicht amtlichen Meldungen sind immer noch widersprüchlich und unklar. Wir wollen noch nicht mit voller Sicherheit, welche Besitze an Wollen fallen sollen; dennoch ist es äußerst wahrscheinlich, daß wir mit außerordentlich schweren Verlusten rechnen müssen.

Die politische Fragestellung der Entscheidung muß eingehend geprüft werden. Die Regierung hat sich bekanntlich die Entscheidung über einen der Äußersten vorbehalten. Es wird diese Entscheidung nicht eher treffen, als eine tatsächliche Grundlage gegeben ist, welche eine Klärung über die Frage der rd. Absichten des Reichstages ermöglicht und einen Ausblick gestattet, in welcher Richtung die weitere Politik Deutschlands zu erfolgen hat. Es wird außer der politischen Parteien sein, sich darüber schlüssig zu werden. Maßgebend hierfür ist, daß in Zeiten großer Gefahren es nicht zu verantworten wäre, das Reich ohne feste Regierung zu lassen. Trotz der Entscheidung der letzten Tage muß der Blick über die Gegenwart hinausgerichtet sein. Die wirtschaftliche Bedeutung des oberfleischlichen Problems weist darauf hin, daß die Weiterentwicklung nicht vom machtpolitischen (P) sondern vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet werden muß. Es wäre ein Verhängnis, wenn durch die Entscheidung der letzten Tage diese Entscheidung gefälscht würde. Die Geschichte der letzten Kabinettskrisen hat die großen Gefahren gezeigt, welche eine Demission, im Drange des Augenblicks folgenden, mit sich bringt. Sobald eine Klärung erfolgt ist, wird eine ein-

gehende Aussprache über die neuen Richtlinien der deutschen Politik notwendig sein. Das Zusammenfallen aller Kräfte wird erforderlich sein, um das Vaterland über die schwierigen Zeiten hinwegzuführen.

Wie sich der Minister Wirth die Zusammenfassung aller Kräfte denkt, zeigte er gestern morgen, als er ausschließlich die Vertreter der Koalitions- und Presse zu sich bat, um ihnen Informationen über Oberfleischien zu geben.

## Einberufung des Reichstages gefordert

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgendes Schreiben an den Präsidenten des Reichstages gerichtet: „Der Hochwohlgeborenen erlauben wir erachten, sofort den Reichstag zu einer Sitzung mit der Tagesordnung „Oberfleischien“ einzuberufen. Es erscheint uns unumgänglich notwendig, daß die Vertretung des deutschen Volkes nach in letzter Stunde die bevorstehende Entscheidung über Oberfleischien zu beeinflussen sucht. Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, ges. Senat.“

## Oberfleischien und Personalpolitik

London, 13. Oktober. Antich verlautet, der deutsche Botschafter Dr. Schamer habe Lord Curzon erklärt, eine unangenehme Entscheidung der oberfleischigen Frage werde für die Einberufung des Reichstages ein Hindernis sein. Curzon erklärte, die Entscheidung der oberfleischigen Frage werde für die Einberufung des Reichstages ein Hindernis sein. Curzon erklärte, die Entscheidung der oberfleischigen Frage werde für die Einberufung des Reichstages ein Hindernis sein. Curzon erklärte, die Entscheidung der oberfleischigen Frage werde für die Einberufung des Reichstages ein Hindernis sein.

## Der Dollar bis 144

Die Weltmarktfrage der Genuin hinsichtlich der oberfleischigen Frage hat naturgemäß zu einer außerordentlich raschen Preissteigerung der deutschen Reichsmark geführt. Sowohl in Kreisen unserer Industrie als auch der Weltweit und des Handels ist man sich darüber klar, daß die Wertung der Mark auf das innigste mit der Lösung der oberfleischigen Frage im Zusammenhang stand. Schon in den heutigen Morgenstunden zeigte am Devisenmarkt eine katastrophale Aufwärtsbewegung ein, die sich von Stunde zu Stunde weiter verschärfte. Sowohl die Spekulation als auch der Bedarf sprachen zu bedeutenden Deutungs- und Anstiegen in jeder von Wäuten die naturgemäß dem sehr geringen Angebot an einer fremden Zahlungsmittel führen mußte. Das die Bewegung, die ein Ausfluß der überaus starken Befürchtungen hinsichtlich Oberfleischien von den schlimmsten Folgen für Deutschland und die Weltwirtschaft sein kann, ist allen einschlägigen Kreisen klar. Wie außerordentlich stark die Zweifel im Laufe des heutigen Tages geäußert sind, beweisen die heutigen Auktions: Kabel New York 133 bis 144, Dollarkurs 132 bis 143, Holland bis 4900, London bis 554, französische Francs bis 1040, Schweizer Francs 2700 bis 2800. Die politische Währung war heute stark gestagt und konnte bis auf 4% ansteigen.

Senator Knox 7. Washington, 13. Oktober. Der ehemalige Staatssekretär Senator Knox ist infolge eines Schlaganfalls gestorben.

Wie dem Büro Reuters aus Washington gemeldet wird, nimmt man an, daß infolge des Ablebens von Senator Knox sich die Ratifizierung des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages etwas verzögern wird.

Senator Knox ist der Welt allgemein erst bekannt geworden durch die Rolle, die er in der Frage der Ratifizierung des Versailleser Vertrags unter Wilson gespielt hatte. Wie man sich erinnert, war er einer der unerschütterlichen Gegner dieses Vertrages. Er brachte dann im Senat seine bekannte Resolution ein, die schließlich mit einigen Änderungen angenommen wurde. Als das Wilson-Regime zu Ende ging und die Newbolds die Republikaner ans Ruder brachten, glaubte man, daß er ins Kabinettsamt einberufen würde. Aber da er ein unerbittlicher Gegner des Wählerbundes war und Harding im Anfang seiner Regierung sich keinen Weg nicht hat für ihn, wurde aus dem Eintritt von Knox in die Regierung nichts.

## Preußen gegen den Rechtsbruch!

Der Preussische Landtag erhebt gegen die brutale Dergewaltigung Oberfleischien scharfsten Einspruch!

Berlin, 13. Oktober. Das Haus ist sehr gut besucht. Die Abgeordneten befinden sich in lebhafter Unterredung über die politische Lage. Die Zeitungen sind nicht besetzt.

Am Regierungstisch Ministerpräsident Stegerwald, Präsident Leinert, der die Sitzung gegen 1/2 Uhr eröffnet, bezieht vor Eintritt in die Tagesordnung namens der Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten eine Erklärung zur oberfleischigen Frage, in der gesagt wird, daß der Teilungsbeschluss des Wählerbundes gegen den Friedensvertrag verstoße, der die Entscheidung über das Schicksal der oberfleischigen Bevölkerung selbst aufschreibe. Diese hat mit großer Mehrheit sich dafür entschieden, daß das Land beim Deutschen Reiche verbleiben soll. Wollen kein Feindesrecht ansprechen, so Oberfleischien geltend machen. Trotzdem soll ein erheblicher Teil der oberfleischigen Industriegebiete an Polen übergehen, angeblich Industrie, Handel und Gewerbe allein deutscher Arbeit und auch der Arbeit der deutschen Gemeinwesen (Wirtschaft) und durch die der übrigen Völkern) den Aufstieg zu größerer wirtschaftlicher Blüte verbanke und sich alle Sachverhalte des In- und Auslandes für die Unterfertigung Oberfleischien als die unabdingbare Voraussetzung des wirtschaftlichen Gedeihens angesehen haben. Die Bereicherung des Landes in einem deutschen und einen polnischen Teil würde ein Gewaltakt sein, der gegen den Willen der gesamten ober-

fleischigen Bevölkerung vorgenommen wird, und verurteilt zugleich den Versuch der Selbstverwirklichung des Volkes. Der oberfleischigen Bevölkerung gegenüber hat der Landtag die untrennbare Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und brüdt das Selbstnis unabweisbarer Treue zur oberfleischigen Bevölkerung aus. (Leb. Beifall. L. d. Mehr. Fortgesetzte Zwischenrufe aus der äußersten Linken.) Wir müssen die Ausführung der vorbereiteten Lösung als eine brutale Dergewaltigung des Volkswillens empfinden. Wir müssen uns weigern, einen solchen Gewaltakt als Recht anzuerkennen. Der preussische Landtag erhebt feierlich Einspruch gegen eine solche durch Feindesrecht selbst begründete Verengung der Oberfleischigen Bevölkerung. Wir wollen in diesem Punkte bestimmt einmütig mit der erdrückenden Mehrheit des gesamten deutschen Volkes. (Stimm. Beifall bei der Mehrheit, große Lärme und Zwischenrufe aus der äußersten Linken.) Unter großer Lärme des Hauses erheben die Abge. Dr. Meyer (Komm.) und Leib (U. G.) Einspruch gegen die Erklärung.

Hierauf wird die Aussprache über die Anträge betreffend den Religionsunterricht in den Schulen fortgesetzt. Abg. Frau Zillig (Dm.). Wir wollen die Einseitigkeit des Volkswillens nicht gerätimmern lassen, deshalb gehen wir die christliche Schule nicht auf. Wir wollen, daß das Elternrecht geschützt wird. Wir wollen, daß unser Kinder auf Grund der Reichsreform im Sinne der Volkswillensgemeinschaft erzogen werden.

Abg. Böhm (Zsg.) polemisiert besonders gegen das Zentrum. Wir fordern, sagt er, daß die Menschenrechte bis zur letzten Konsequenz komme und auch das ganze Wirtschaftswesen durchdringe. Die gemeinsame Grundlage der Schule für alle ist die Moral.

Abg. Dr. Meyer-Schneppen (Komm.) erklärt, daß nach einer von ihm beantragten Abstimmung ein preussischer Volksschulgesetz nun etwa 1 Prozent der Kinder eine Freude am Religionsunterricht befindet haben.

Abg. Frau Zillig (Dm.) hält an der konfessionellen Schule fest und tritt für die Privatfiskale ein, die auf dem Gebiet der Erziehung auf neue Wege gewiesen habe.

Abg. Hoff (Zem.) sieht in dem Entwurf des Reichsschulgesetzes über die Volksschulen einen Verstoß gegen die konfessionelle Aufsichtspflicht gehen weit über das erforderliche Maß hinaus und die Ausführungen des Abg. Wilmersmann über diesen Punkt benehelt, daß dies nicht das Ideal einer Volksschule sein kann.

Abg. Hoff (Zem.). Sonderwünsche der Eltern müssen zurücktreten vor dem Staatsinteresse.

Abg. Schwärzmann (Dm.) hält an der Forderung des konfessionellen Religionsunterrichts fest. Die Einrichtung der Schulen ist Sache der Länder und Gemeinden, aber wir glauben, auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Privatfiskale nicht entbehren zu können.

Ein Antrag Wilmersmann auf Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen. Die Redezeit der großen Antragskommission u. Gen. an den Unterfischungs-



hehelt, ebenso der Antrag Sumert über den Religionsgesetz. Der Antrag auf Unterfertigung der Privatgülden geht an den Ministerpräsidenten.

Es folgten die Anträge der Deutschnationalen, der Demokraten und Sozialdemokraten über den Kommune in der Hürthin-Bismarck-Schule in Charlottenburg. Der Antrag (Dr. L.) schließt die Tätigkeit des Direktors Berg, die durch einmündig gewesen sei und sich auch während des Konflikt bedürftig habe, obwohl es mehr und mehr klar wurde, daß es sich hier um einen Kampf einer Minderheit aus politischen Gründen handelte. Festgestellt sei die gänzliche Unbereitschaft der Unterführung, festgestellt auch, daß der unterförende Minister nicht länger im Ministerium bleiben könne. Minister Kautsch habe sich von der Klause der Schlußformel einmündig und weiter treiben lassen, als er selber wollte. (Stimm. Protokolle B. d. Soz. Rang- und Bauwesen.)

Stimmen vorzeitig 11 Uhr keine Anträge, Anträge und Wiederberatung.

Schluß gegen 7 Uhr.

### Der Brotpreis und seine Grundlagen

Die in der Tagespresse immer wiederkehrenden Angaben über die Höhe des Brotpreises, die fortgesetzt zum Unklar durch unverständliche Anträge gegen die Landwirtschaft genommen werden, haben den Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft veranlaßt, auf Grund authentischer amtlichen Materials folgende Feststellungen zu machen:

- 1. Die Preise der Getreide im Jahre 1920/21 erstehen und verdrängen Getreidepreise im Vergleich mit 1919/20 um 200 Proz., an Aufwandsgetreide 2170 000 Tonnen, zusammen also etwas mehr als 5 Millionen Tonnen.
- 2. Zur Berücksichtigung des Brotes, also zur Aufrechterhaltung des vollen Brotpreises hat das Reich im Wirtschaftsjahre 1920/21 den Betrag von 9,3 Milliarden Mark angewandt und damit eine Verbilligung des Brotes um rund 50 Prozent herbeigeführt.
- 3. Ohne diesen Maßnahmen hätte das Getreide auch schon im vorigen Wirtschaftsjahr zum Preise von 6 Mark abgedeckt werden können.
- 4. Wenn der Brotpreis trotz der inzwischen eingetretenen Vorkontierung ausreicht auf der Höhe von 7 Mark gehalten werden kann, so ist dies wesentlich mit dadurch bedingt, daß das Umlagegesetz dem Meiste von der Landwirtschaft an einem im Verhältnis zum freien Handel wesentlich billigeren Preise zur Verfügung gestellt wird.
- Angesichts dieser Sachlage kann der Reichsausschuß in den festgestellten mit der Höhe des Brotpreises verbundene Angriffen auf die Landwirtschaft nur eine bewußte Verfehlung des Reiches erblicken, und er schenkt auf das Beste, daß diesen das gegenwärtige Verhältnis von Staat und Landwirtschaft beherrschenden Angriffen nicht rechtsgültig und unter Beibehaltung der tatsächlichen Verhältnisse entgegengetreten werden ist. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft hält es für notwendig, daß das gesamte Volk völlige Klarheit darüber bekommt, daß die Steigerung des Brotpreises gegenüber dem vorigen Jahre durch den Wegfall bzw. die Verminderung des Reichsausschlusses bedingt ist.

### Ein neues Thüringer Ministerium

Thüringen hat Weim., 13. Oktober.

Der Thüringer Landtag hat heute auf Antrag der mehrheitsfähigen Abgeordneten die Bildung eines ministeriellen Ministeriums beschlossen, und zwar durch Zusammenfassung des Justizministeriums im Justizministerium und Volksbildungsministerium.

w. Die Ministerpräsidenten, Goring erklärte in Verantwortung eines Schreibens, eine vollständige Umgestaltung des Reichsausschlusses auf Verbilligung und sei nicht zu wünschen. Zu wünschen sei aber eine vernünftige Einschränkung der Subventionen. Die Aufgabe der großen Nationen besteht, die Einleitung zur Wirtschaftskonferenz anzunehmen, sei eine Gewähr für die Einschränkung.

### Rose Ferron

86) Roman von Elisabeth Dill, Halle a. S. (Nachdruck verboten.)

„Ah, daraus macht sich ein junger Krieger nichts mehr.“ — Als sie dann allein mit ihm war in seinem geräumigen Fremdenzimmer, und er unter dem grünen Himmelbett lag, in das alle Ferronschen Gäste einquartiert wurden, beugte sich Rose über ihn.

„Wie geht es deinem Vater?“

„O, gut. Er war lange an der Front, er hatte eine Menge Orden, und letzte Woche zuletzt eine thüringische Station in Kuffhäuser-Bolen als Chef.“

„Und, da wart ihr ja weit genug voneinander. Und die kleine Mans?“

„O, die ist Schwester, hat brav gelehrt, die Tracht trägt ihr sehr gut. Man will nämlich — ich meine unsere jetzige Mutter“ — verbeirathet er sich nicht und wurde tot —, „wir sollten beide dem Vaterland dienen, wie wir könnten.“

„Das ist auch recht so“, sagte Rose, und trüb über seinen schmalen Kopf in Gedanken. „Aber hab's hier auch nicht zum Totlachen gehabt, nicht wahr, mit den verdammten Hitzern?“ meinte Rose.

Rose nicht. „Sinnlich in der Nacht waren wir oft im Keller, nur Geringfügigkeit, die sagte, ich habe den Bomben nicht die Ehre antun, thörichteste aufzufahren, wenn sie mich treffen sollen, so mögen sie mich in meinem Bett treffen, ich möchte nicht an Lukenentzündung zu sterben.“

Nun schrie sie an ihrem Zerknüttern, an dem sie fortwährend etwas änderte, es war schon leuchtend. „Dein Kommen wird sicher wieder einen ganzen Umkreis darin bringen.“

„Ach, die gute Großmama ist ja eine Ururgroßmama! Wie jung ist sie noch! Was feiert ihr Ferrons für junge Leute!“ sagte er stolz. „Werdet ihr denn hierbleiben unter diesen Verhältnissen?“

Rose nicht. „Wir müssen“, sagte sie, „wir sind hier festgenommen, die Käufer, unter Vermeidung, die Fabrik alles hier.“

# Der obereschlesische Raub

## Was wir verlieren sollen

Von den Gezeiten, die nach den bisherigen Meldungen Polen zugewiesen werden sollen, haben polnische Städte und Dörfer bei der Volksabstimmung starke deutsche Mehrheiten aufgebracht und somit ihren deutschen Charakter bewiesen.

In der Stadt Katowitz sind bei der Volksabstimmung am 20. März 22 744 deutsche Stimmen und nur 8000 polnische Stimmen gezählt worden.

In Königshütte hatten 31 804 Stimmberechtigte für Deutschland und nur 10 764 Stimmen für Polen gezählt. Aber nicht bloß die Städte haben große deutsche Mehrheiten aufzuweisen, sondern auch die Landkreise des Polen zugewiesenen Gebietes.

Die Stadt Myslowitz im Landkreis Katowitz hat mit 6827 Stimmen für Deutschland gezeichnet; 4528 Stimmen wurden für Polen gezählt.

In Rauschhütte betrug die deutsche Mehrheit 6100 Stimmen bei nur 3081 Stimmen für Polen.

In Chorzow wurden 3242 deutsche Stimmen und nur 2980 für Polen abgegeben.

In Glogow wurden 5441 deutsche Stimmen und nur 4282 für Polen gezählt.

Auch Zabrze hat eine deutsche Mehrheit von 4703 Stimmen gegenüber 3866 polnischen Stimmen. Die Kreise Katowitz Stadt und Land zusammen genommen haben 75 506 deutsche Stimmen und nur 21 010 polnische Stimmen aufgebracht.

Dies Schicksal der Stadt Beuthen ist nach den bisherigen Meldungen noch unbekannt. Nach einzelnen Meldungen soll auch Beuthen an Polen abgetreten werden. Die folgende Ungerechtigkeit, die herein läge, ergibt sich aus dem Abstimmungs-ergebnis vom 20. März: Die deutsche Bevölkerung stimmte mit 29 800 Stimmen für Deutschland; für Polen wurden nur 10 101 Stimmen gezählt. Der größte Teil des Landkreises Beuthen soll ebenfalls an Polen kommen. Auch hier handelt es sich um eine ungerechte deutsche Bevölkerung. Bei der Abstimmung am 20. März wurden folgende Stimmen abgegeben:

In Wischardhütte 8340 für Deutschland und 4654 für Polen.

In Reichenhild 1906 Stimmen für Deutschland und 1980 Stimmen für Polen.

In Gwizdow 6340 Stimmen für Deutschland und 5882 für Polen.

Stadt- und Landkreis Katowitz zusammen genommen weisen ebenfalls eine deutsche Mehrheit von 74 505 Stimmen auf gegenüber 73 122 polnischen Stimmen.

Auch in den Kreisen Bismarck und Riech befinden sich polnische Ortsteile mit deutschen Mehrheiten. Im Kreise Riech ist es u. a.

Die Stadt Niska hat mit 3059 deutschen Stimmen gegenüber 2100 polnischen Stimmen.

In Glogow hat die Stadt Riech selber mit 2943 deutschen und nur 2100 polnischen Stimmen. Im Kreise Niska haben sämtliche Städte deutsch gewählt, und zwar

Koslawitz mit 1869 deutschen und 682 polnischen Stimmen, Myslowitz mit 4714 deutschen und 1943 polnischen Stimmen, endlich

Chorzow mit 2328 deutschen und 1096 polnischen Stimmen. Die vorstehenden Zahlen sind dem amtlichen Mitteilungsblatt der Interalliierten Kommission in Opatow, dem „Journal Officiel de Haute Silésie“, entnommen, es ist also an ihrer Richtigkeit keinerlei Zweifel möglich. Die Zahlen geben einen hervorragenden Beweis für die bestehende Ungerechtigkeit des Genfer Spruchs.

### Empfehlung oder Befehl?

Das „Was die Welt“ teilt mit, daß Paris, 13. Oktober. Der französische Regierung seit einigen Tagen über das Verlangen verhandelt werde, um die Empfehlung des Völkerbundes in Bezug auf die Teilung der Verwaltung Oberschlesiens ins Werk zu setzen. Die beiden Regierungen seien noch nicht vollkommen einig, weshalb beide sich die Verantwortlichkeiten, die die Frage gelöst werden, übertragen müssen, von englischer Seite werde antworten behauptet, daß nur der Oberste Rat ermächtigt ist, die Empfehlung von Genf in Empfang zu nehmen und mit Hilfe des Friedensvertrages zu interpretieren. Die französische Regierung glaubt, daß die Oberste Empfehlung an sich genüge und ohne jede weitere Formel eingeführt werden müsse. Andererseits scheint es, daß die

ersten Entscheidungen der letzten Tage, die in Genf festgefunden haben, sich nicht auf die Grenzbestimmung, die festzulegen sein, erstrecken habe, sondern nur die Bestimmungen bezogen haben, die ergriffen werden sollten, um die wirtschaftliche Einheit Oberschlesiens aufrecht zu erhalten, und die das Ergebnis hätten, die ganze industrielle Produktion der Deutschen in dem Bezirk aufzuschließen. Es sei möglich, daß — falls eine Sitzung des Obersten Rates stattfinden würde — sich diese auf das wirtschaftliche Einheitsregime erstrecken würde.

### Zusammentritt des Völkerbundsrats in Paris

Paris, 13. Oktober. Die dem „Welt Posten“ aus Genf mitgeteilt wird, ist es noch möglich, daß der Völkerbundsrat die Ende dieser Woche in Paris zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten wird. Es werde abgesehen vom Verkauf der Aufzeichnungen, die am Donnerstag, dem Obersten Rat zur Genehmigung unterbreitet werden, berufen werden. Wenn sich der Kaufvertrag zwischen Frankreich und England, geschlossen ist, werde das Geschäft zu gleicher Zeit in Genf, London und Paris veröffentlicht werden.

Nachdem nunmehr der Völkerbundrat seine Ansicht über die obereschlesische Frage ausgesprochen hat, muß seine Meinungsäußerung von den im Obersten Rat beratenden Staaten zur Kenntnis genommen und ratifiziert werden. Im Hinblick auf die Bemerkungen der deutschen Botschafter in London und Paris ist das Verdict aufgetaucht, daß dies, entgegen den bisherigen Ansichten, auf einer Vorkonferenz zusammenkunft, sei es in London oder Paris, geschehen sollte. Was zur Unterstützung dieses liegt die Information vor, daß die Vorkonferenzzusammenkunft nach dem Auftrage des Obersten Rates am kommenden Montag die endgültige Entscheidung vorzunehmen haben werde. Eine gut informierte Persönlichkeit erklärte, daß diese Form der Abklärung bereits von ganz der Hauptstaaten der Unterteilung angenommen sei, London jedoch werde auf dem Zusammentritt des Obersten Rates bestehen. — Neben die Vorkonferenz des Völkerbundsrates wird weiterhin noch bekannt, daß die wirtschaftliche Konzeptionsmission nicht wie bisher mitgeteilt, aus drei, sondern aus fünf Mitgliedern bestehen soll, zwei Deutschen und zwei Polen. Das Journal gibt eine eingehende Würdigung der Vorkonferenzentscheidung in der Form, die bisher bekannt geworden ist, und glaubt, daß in Zukunft die Rollenverteilung ungewisselhaft in den polnischen Bezirken Myslowitz und Riech liegen werde. Die Ausbreitung werde erst an der Peripherie beginnen, später aber werde sie von elf Orten im Kreise Myslowitz und dreizehn im Kreise Riech fortgesetzt. Vom Gewerbesindustriestamm fallen etwa zwei Drittel an Polen.

### Polnische Quartierereien

Warschau, 13. Oktober. Der Vorstand und die Mitglieder des Verbandes der obereschlesischen selbständigen Handwerker, unterzeichnet H. Sobota, Kattowitzer, hat an den Völkerbundsrat ein Schreiben, das einen Antrag auf Zulassung der polnischen Gewerbetreibenden Oberschlesiens zum Beitritt zum Völkerbundsverband enthält. Das Telegramm wird in der Gewerbetreibenden veröffentlicht. Der oben genannte Verband ist ein Gebilde, das etwa drei Monate vor der Abstimmung auf Grund eines Beschlusses der Vorkonferenz in Genf gegründet wurde und nun gegen etwa 20 Mitglieder zählt. Im Antrag gab er auch eine Verbandsatzung heraus, die zwei- oder dreimal erlassen und dann eingeleitet, weil selbstverständlich ein Verband von 20 Mitgliedern die Rollen für die Gewerbetreibenden einer Zeitgenossen nicht aufbringen kann. Was nach der Abstimmung die Teilung der Unterführung, welche aufgeführt wird, nicht ein. Auch der Verband besteht nur noch auf dem Papier.

„Mutter ist eine geborene Wischard, weißt du, ihr Onkel hat eine Maschinenfabrik, da will ich mich.“ Sie hörte ihn zu, seine Kaufbahn war bestimmt, etwas Nebenbustiges lag in seinem Blick, etwas Offenes, Mutiges, das ihr bekannt war. Und doch fremd.

„Er sieht seinem Vater sehr ähnlich“, sagte die Großmama beim Mitgehen, „nur ist er, Gott sei Dank, nicht so wild.“

Die anderen schwiegen. Großmama sagte in letzter Zeit öfters solche lebenswichtigen Offenheiten.

Nur Nofk lächelte laut.

„Auf die Schönheit hab' ich mir meinen Vater noch nicht angesehen.“

„Ach freue mich, ich freue mich!“

„Worum freust du dich denn, mein Junge? fragte Frau Auch.“

Das wußte er nicht. Daß der Krieg zu Ende war, daß er wieder in einem Welt geküßelt hatte, daß er zu Hause war, bei ihnen hier. „Ach Gott, wie schön hab' ich es hier!“ Er sah sich mit seinen leinen, strahlenden Augen um.

„Wo hast du denn dein Ehemann's Erbe...?“ fragte Frau Wida.

„Das hab' ich verloren in dem Durcheinander, ich weiß nicht mal, wo.“

„Wie kann man sein Ehemann's Erbe verlieren?“ fragte Frau Auch unheimlich. „Geh hin und kauf dir gleich ein neues, du hast doch das Patent.“

„Ach denke, du bist nicht für Orden!“ meinte Rose.

„Als Frühstücksorden mache ich mir wenig, und als Ferron den Kronenorden bekam — ich weiß heute noch nicht, was's der erste, zweite oder dritte Orden ist — der vierte wird's hoffentlich nicht gewesen sein, hat er sich geküßelt, weil ich ihm nicht gratulierte. Aber das Ehemann's Erbe, das hat mich im Augenblick nicht geküßelt, das hat er mir auf den Kopf gegeben. Die schöne wollene Decke, die ich dir schickte, hast du wohl auch verloren?“

„Ja, beim Sturmangriff.“

(Fortsetzung folgt.)

# Halle und Umgebung

Donn., 14. Oktober.

### Ein Raubüberfall auf die Grube Alwine

100 000 Mark geraubt. — Die Räuber im Auto entkommen. Im frühen Nachmittage ist gestern auf der Weststraße der Grube Alwine des Brauerei-Besitzer Hermann Bergemann ein Raubüberfall von einer Autokabine ausgedrückt worden. Die Grube ist mit einem dunklen Auto vor, dem sieben bis acht bewaffnete Männer entzogen. Die Drahtgitter der Autokabine wurden durch einen Schlag mit einem Hammer zerstört. Die Grube ist mit 100 000 Mark zu rauben.

Mit ihrer Beute entzogen sie ohne Beschlagnahme zu werden. Es folgten in der Richtung nach Leipzig davon. Können aber auch unterwegs ihre Fahrt geändert haben. Die Kriminalpolizei hat sich sofort an den Tatort begeben. Angaben über Beschaffenheit der an die nächste Volkspolizei oder die Kriminalpolizei zu geben.

### Geht wohl uns weiter gemeldet:

Geht nachmittags fünf gegen 16 Uhr ein Auto vor das Friedrichsstraße der Grube Alwine des Brauerei-Besitzer Hermann Bergemanns. Dem Auto entzogen sieben bis acht bewaffnete Männer, während zwei bei dem Auto blieben. Sie drangen in die Autokabine ein, riefen: „Gehs hoch!“ und jagten mit vorgeschlagenen Waffen die Besatzung, also zu tun. Während ein Teil die Besatzung in Schach hielt, ließen sich die anderen den Geldschrank öffnen und entnahmen ihm 100 000 Mark, die für die Lösung der Arbeiter bereit lagen. In aller Eile verschritten sie darauf die Koppelstation und hasten die Besatzung in ihre Autokabine ein. Sie bestiegen das Auto und entzogen in der Richtung nach Brauburg. Eine sofort in einem anderen Auto aufgenommene Verfolgung war erfolglos. Die Vernehmung hat auf die Aufklärungsbildung der Täter eine Erlaubnis von 5000 Mark gesetzt.

## „In Sturm und Eis“

(Sonderausgabe von U. E. Alle Fremdenode.)  
Der Film „In Sturm und Eis“ ist ein Meisterwerk der Kunst. Er zeigt die Abenteuer eines Mannes, der sich in der Arktis aufmacht. Die Handlung ist spannend und die Darbietungen sind hervorragend. Der Film ist ein Muss für jeden Kinobesucher.

## Keine ungekochte Milch den Kindern!

Von sachverständigen Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt besonders von Kindern keine ungekochte Milch gegeben werden soll, da sie Tuberkulosebakterien oder auch Typhusbakterien enthalten kann. Es genügt ein Aufkochen der Milch, bei dem sie während fünf Minuten im Kochen sein muß.

## Deutscher Freiheitstag am 18. Oktober.

Die Feier der Freiheit beginnt pünktlich um 7 Uhr im „Zentralhaus“, GutsMuths-Platz. Die Teilnehmer sind herzlich eingeladen. Die Veranstaltung wird von der Arbeiterbewegung durchgeführt.

## Das gestrichelte Gatterzeug und die schismatische Christenbewegung.

Mit großer Heftigkeit fordert der gestrichelte Gatterzeug in der Reichsversammlung die Arbeiterbewegung. Die Veranstaltung wird von der Arbeiterbewegung durchgeführt.

## Wahlkreisreform für die Reichsversammlung.

Die Reichsversammlung hat die Wahlkreisreform beschlossen. Die Wahlkreise werden neu eingeteilt.

## Einmalige Wahl zum Reichstag am 2. November.

Die Reichsversammlung hat die Wahl zum Reichstag beschlossen. Die Wahl findet am 2. November statt.

# Ablehnung der Spende für die Bolschewisten

## Aus dem Haushaltsausschuß — Die Ablehnung der Zwangseinquartierung angenommen — Nachbewilligungen

Der Haushaltsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Vorlage des Haushalts befaßt.

### Ablehnung der Zwangseinquartierung

Die Vorlage selbst haben wir bereits eingehend berichtet. Der Haushaltsausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt. Die Vorlage ist abgelehnt worden. Die Zwangseinquartierung ist nicht angenommen worden. Die Haushaltsausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt.

### Bewilligung einer Unterstiftung für Sowjet-Rußland

Die Unterstiftung für Sowjet-Rußland ist bewilligt worden. Die Haushaltsausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt.

## Aus Mitteldeutschland

### Weiter evangelischer Erziehungstag für die Provinz Sachsen und Anhalt

Der evangelische Erziehungstag für die Provinz Sachsen und Anhalt ist am 12. Oktober in Magdeburg abgehalten worden. Die Teilnehmer sind herzlich eingeladen.

### Die Mitglieder-Vermählung boten nach der bittigen

Die Mitglieder-Vermählung boten nach der bittigen Anrede des Landesvorsitzenden Dr. Schneider und des Provinzialpräsidenten Dr. Schneider abgehalten worden.

### Neuorganisation der Inneren Mission in Anhalt

Die Neuorganisation der Inneren Mission in Anhalt ist am 12. Oktober in Dessau abgehalten worden.

Der Haushaltsausschuß hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Vorlage des Haushalts befaßt. Die Vorlage ist abgelehnt worden. Die Zwangseinquartierung ist nicht angenommen worden.

Die Unterstiftung für Sowjet-Rußland ist bewilligt worden. Die Haushaltsausschuß hat sich mit der Vorlage befaßt.

## Wittgen

Die Wittgen-Familie hat sich in Wien niedergelassen. Die Wittgen-Familie hat sich in Wien niedergelassen.

### Spaß-Porterichte

Die Späß-Porterichte sind am 12. Oktober in Dessau abgehalten worden.

### Spaß-Porterichte

Die Späß-Porterichte sind am 12. Oktober in Dessau abgehalten worden.

### Spaß-Porterichte

Die Späß-Porterichte sind am 12. Oktober in Dessau abgehalten worden.

### Spaß-Porterichte

Die Späß-Porterichte sind am 12. Oktober in Dessau abgehalten worden.

